

Wollen Ärzte die Aids-Hilfe loswerden?

Vorwurf: Die Vermieterin soll den Mietvertrag kündigen

NEUMÜNSTER Die Aids-Hilfe und die SPD erheben heftige Vorwürfe gegen drei Ärzte und eine Apothekerin. Die wollen angeblich verhindern, dass die Aids-Hilfe in das Haus Wasbeker Straße 50 zieht, in dem die Mediziner ihre Praxen haben und die Pharmazeutin eine Apotheke betreibt.

Nach Auskunft der Aids-Hilfe war alles längst unter Dach und Fach. Ein Mietvertrag für die Räume im ersten Stock wurde demnach bereits Ende März geschlossen. Am 1. Juli sollte Einzug sein. „Die Vermieterin sah uns als Bereicherung für ihr Haus an“, sagt Martin Dierck von der Aids-Hilfe. Niemand hatte Zweifel. Der beengte, alte Standort – ein paar 100 Meter stadtauswärts gelegen an der Wasbeker Straße 93 – wurde zu Ende Juni gekündigt. Man begann sofort mit der Renovierung am neuen Standort: Es wurde gestrichen, neue Fußböden wurden verlegt, Mobiliar wurde angeschafft. Die Presse wurde über die neue Anschrift informiert, und die Einladungen für einen geplanten „Tag der offenen Tür“ am 29. Mai waren bereits verschickt.

Plötzlich gab es Probleme mit den anderen Mietern

Doch jetzt droht das Aus: Am Dienstag informierte die Vermieterin laut Aids-Hilfe deren Vorsitzenden Torsten Kniep darüber, dass es mit den anderen Vermietern im Hause Probleme gäbe. Demnach sollen die drei ansässigen Ärzte sowie die Inhaberin der Apotheke darauf drängen, dass das Mietverhältnis mit der Aids-Hilfe sofort rückgängig gemacht werde.

Offenbar begründeten sie das Anliegen mit mehreren Befürchtungen: So sollen sie Angst haben, dass Patienten den Praxen fern bleiben. Außerdem befürchteten sie Kriminalität im Haus. Die vier Par-

teien meinen demnach auch, dass HIV-positive Drogenabhängige einbrechen könnten, um Rezeptblöcke und Medikamente zu stehlen. Allerdings betreut die Aids-Hilfe nach eigenem Bekunden zurzeit keine Drogenabhängigen.

Am Mittwoch trafen sich Vermieterin und Mieter schließlich zu einem Gespräch, an dem der Vorsitzende der Aids-Hilfe aus zeitlichen Gründen nicht teilnehmen konnte. Das Ergebnis: Der Mietvertrag mit der Aids-Hilfe soll offenbar in der kommenden Woche gekündigt werden. Sollte dies nicht geschehen, drohen die Gegner mit Kündigung ihrer Mietverhältnisse, teilt die Aids-Hilfe mit. Hilfe suchend hat sie sich an die Rathaus-Parteien und die Stadtverwaltung gewandt.

Mittlerweile hat auch Andreas Hering, SPD-Kreis- und Fraktionsvorsitzender, zu der Problematik eindeutig Stellung bezogen. Er nennt das Vorgehen der Ärzte „einen Skandal erster Klasse. Diese nahezu erpresserischen Methoden, mit denen einem Verein, der sehr wichtige Arbeit mit kranken Menschen leistet, neue und notwendige Räumlichkeiten genommen werden sollen, sind nicht zu akzeptieren. Ärzte haben einen hippokratischen Eid geschworen, bei dem sie sich verpflichten, kranken Menschen zu helfen“, betont Hering und wirft den Ärzten vor, aus dem „Profitgedanken“ heraus zu handeln. Der SPD-Politiker appelliert an die Vermieterin, sich nicht erpressen zu lassen und fordert die betroffenen Ärzte auf, ihre Drohungen rückgängig zu machen. „Sie sollen Menschen entsprechend ihres Eides helfen und nicht entgegen ihres Eides weiter ausgrenzen!“, betonte Hering. Die drei Ärzte, die Apothekerin und die Vermieterin waren gestern nicht zu erreichen.

Dörte Moritzen